



Öffentliche Berichtsvorlage

Vorlagen-Nr.:	448/2004
Dezernat III gez. i. V. Dr. Robers, 29.12.2004	
Federführung: 51-Kinder- und Jugendarbeit	
Produkt:	
Datum: 22.12.2004	

11.01.2005	Ausschuss für Jugend, Familie, Senioren und Soziales	Kenntnisnahme
Top:	Bemerkung:	

Betreff:

Partizipation von Kindern und Jugendlichen - Zwischenbericht

Der Ausschuss nimmt den Zwischenbericht zur Partizipation von Kinder und Jugendlichen zur Kenntnis.

Sachverhalt:

Aufgrund des Antrages der SPD-Fraktion vom 09.11.2004 hat der Ausschuss für Jugend, Familie, Senioren und Soziales in seiner Sitzung am 30.11.2004 beschlossen, die Verwaltung möge auf der Basis des Positionspapiers des Städte- und Gemeindebundes zur Partizipation von Kindern und Jugendlichen an kommunalen Entscheidungsprozessen einen Zwischenbericht zu den Möglichkeiten für Coesfeld entwickeln und diesen in der nächsten Ausschusssitzung vorstellen.

Partizipation von Kindern und Jugendlichen ist eine sehr umfangreiche pädagogische und politische Aufgabe, die auf die unterschiedlichsten Arten umgesetzt werden kann. Hinter dem theoretischen Begriff „Partizipation“ verbirgt sich der Anspruch, Kinder und Jugendliche an Entscheidungen zu beteiligen, die sie mittelbar oder unmittelbar betreffen. Dazu gehören sowohl kommunalpolitische Entscheidungen etwa über Straßenführungen, Planungen von Stadtteilen und Freizeitstätten als auch Entscheidungen über die Ausgestaltung von Freizeitangeboten für Kinder und Jugendliche. Der Aufwand ist dabei ebenso unterschiedlich, wie die Erfolgsbilanz einer gelungenen Umsetzung.

Die Ausführungen des Städte und Gemeindebundes beschäftigen sich in erster Linie mit der Partizipation an kommunalpolitischen Prozessen. Dabei sind die Hinweise teilweise relativ allgemein und erfordern eine Umsetzung unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten. Wichtig ist insbesondere, den Entwicklungsstand der Kinder und Jugendlichen bei der Wahl der Beteiligungsform zu berücksichtigen. Sonst lehrt die Erfahrung, dass sich alle Formen der Beteiligung in ihr Gegenteil verkehren und Verdrossenheit zurücklassen (s. These 4 des nw. StGB)

Hinzu kommt, dass auch die Regelungen des neuen Kinder- und Jugendförderungsgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (3. AG-KJHG – KJFöG) über die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen umgesetzt werden müssen. Unter anderem sollen nach § 6 Abs. 1 KJFöG zur Förderung der Rechte der Kinder und Jugendlichen bei den Trägern der öffentlichen Jugendhilfe geeignete Ansprechpartner zur Verfügung stehen.

Partizipation von Kindern und Jugendlichen darf dabei grundsätzlich nicht auf den Bereich der Jugendhilfe reduziert werden, sondern ist als Querschnittsaufgabe zu verstehen (z. B. auch im Bereich der Bauleitplanung oder Verkehrsplanung).

Wichtiger Ausgangspunkt bei der Diskussion um Partizipation von Kindern und Jugendlichen ist die Kenntnis darüber, dass Partizipation in Form und Aufwand ganz unterschiedlich sein kann. Kinder und Jugendliche direkt an kommunalpolitische Themen zu beteiligen, erfordert eine besonders intensive Auseinandersetzung mit den Methoden der Partizipation.

Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen „im Kleinen“, an konkreten, überschaubaren Projekten ist dagegen einfacher, da die Realisierung der Wünsche und Interessen oft realistischer und schneller umsetzbar ist. Diese Art der Beteiligung ist in unterschiedlicher Ausprägung bereits Bestandteil unserer bisherigen Kinder- und Jugendarbeit.

Bezug nehmend auf These 8 des Papiers des Städte- und Gemeindebundes NRW soll im Folgenden genauer darauf eingegangen werden, was Partizipation bedeutet und welche Arbeitsschritte notwendig sind, wenn sie erfolgreich und sinnvoll umgesetzt werden soll.

I. Bisherige Beteiligungsformen in Coesfeld

Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ist auch für Coesfeld eigentlich kein neues Thema. Schon vor ca. 15 Jahren, als Coesfeld ein städtisches Jugendhaus bekam, wurden Jugendliche an der Gestaltung des Hauses beteiligt. Es gab einen Kreis von interessierten und engagierten Jugendlichen, die von der Aufteilung der Räume bis hin zur Ausstattung mitentscheiden konnten, wie ihr Jugendhaus aussehen sollte. Als alles fertig war, haben diese Jugendlichen das Haus jedoch leider nicht genutzt. Eine völlig andere Klientel frequentierte das Haus und veränderte die Gestaltung nach und nach.

Aktuelle Beispiele:

a) Erfolgreich praktizierte Partizipation von Kindern und Jugendlichen in Coesfeld:

- Bei allen offenen Angeboten wie Jugendarbeit im Jugendhaus, wöchentlicher offener Mädchentreff, Mobile Kinder- und Jugendarbeit usw. werden die Ideen, Anregungen und Bedürfnisse der Besucher/innen aufgegriffen und zeitnah umgesetzt (Bsp.: HipHop-Gruppe im Stellwerk, Basketballturnier im Rahmen der Mobilen Jugendarbeit, Befragung Letteraner Jugendlicher, Themenschwerpunkte bei Offenen Angeboten für Kinder)
- Aufgreifen von Ideen, die von außen an uns herangetragen werden (Bsp.: Skateranlage, Organisation eines Streetball-Turniers)
- Jugendliche beteiligen sich an der Konzeptionierung verschiedener Angebote, wie z. B. bei Eigen.Art 03, Konzerte, LAN-Parties
- Junge Honorarkräfte (14 – 20 Jahre) im Kinder- und Jugendbereich prägen durch ihre Werte und Ideen die Kinder- und Jugendarbeit in Coesfeld mit
- Die Jugendlichen haben Feedbackmöglichkeiten durch elektronische Medien (Gästebuch und Forum auf der Internetseite www.coesfeld.de/jugend). Diese Möglichkeit wird auch rege genutzt.

- Unsere Angebote werden regelmäßig evaluiert, die Jugendlichen haben immer die Möglichkeit ihre Ideen, Anregungen und Kritik aufzuschreiben. Hierzu werden verschiedene Methoden eingesetzt (z. B. Fragebogen). Die Auswertungen fließen in die weiteren Planungen ein.

b) Partizipationsmodelle, die nicht dauerhaft funktioniert haben:

- Hausbeirat im Jugendhaus Stellwerk, der gewählt wurde, regelmäßig tagte und über Belange und Änderungen, das Jugendhaus betreffend, beriet. An einem Wochenende im Jahr fuhr der Hausbeirat mit den Mitarbeiter/innen des Jugendhauses in ein Gästehaus, um spielerisch neue Freizeitangebote im Jugendhaus zu entwickeln. (Kontinuierliche Mitarbeit war nicht gegeben, Hausbeiratskonzept wurde immer wieder modifiziert und vor Jahren eingestellt)
- Planungstage 2004 (Fahrt am Wochenende) mit Stammbesuchern des Jugendhauses (wurde von den Jugendlichen nicht genutzt)

Partizipation findet in vielen Bereichen bereits statt. Es gehört zu unserem pädagogischen Leitbild, die Bedürfnisse und Interessen der Jugendlichen bei der Planung unserer Projekte zu berücksichtigen.

II. Erfahrungen anderer Kommunen mit „Kinder- und Jugendparlamenten“

In den vergangenen Jahren wurde das Thema „Kinder- und Jugendparlament“ auf vielen Ebenen diskutiert. Es sollte – wie auch im Antrag der SPD-Fraktion erwähnt - eine Fokussierung der politischen Diskussion allein auf dieses Thema vermieden werden.

Der Fachberater für Jugendarbeit beim Landesjugendamt in Münster, Herr Stork, schreibt in einer Stellungnahme zur Frage der Errichtung kommunaler Kinder- und Jugendparlamente:

„Leider muss ich mitteilen, dass die Erfahrungen mit diesem jugendpolitischen Instrument überwiegend negativ sind, obwohl die damit verfolgten Ziele der Partizipation von Kindern und Jugendlichen selbstverständlich aus Sicht der Kinder und Jugendarbeit zu unterstützen sind.“

Es gibt eine sehr breite empirische Untersuchung von Ulrich Herrmann aus dem Jahre 1999, der in Baden-Württemberg ca. 100 Jugendparlamente untersucht hat. Dort wurden sie bereits zu Beginn der 90er Jahre in vielen Kommunen eingeführt. Die Studie kommt zu dem Schluss, dass die Parlamente nur für diejenigen Jugendlichen eine Bedeutung haben, die in ihnen mitarbeiten. Darüber hinaus gelingt es nicht, mehr junge Menschen für die Demokratie zu begeistern. D. h. die Nichtmitglieder dieser Jugendparlamente interessieren sich kaum für diese Arbeit. Es gelingt auch den Mitgliedern nicht, die anderen Jugendlichen über die Arbeit der Parlamente zu informieren. Schließlich brechen viele Jugendparlamente nach einiger Zeit wieder zusammen, weil sich keine Kandidaten mehr finden.

Zusammenfassend kann man sagen, dass die Probleme dieser Partizipationsform darin liegen,

- das es nicht gelingt, benachteiligte Kinder und Jugendliche zu gewinnen,
- es nicht gelingt, mehr junge Menschen zu aktivieren,
- es problematisch ist, dass nicht diejenigen Jugendlichen den Dialog mit der Kommunalpolitik suchen, die wirklich ein konkretes Anliegen haben.
- es sich um eine Beteiligungsform handelt, die den demokratischen Formen der Erwachsenen nachempfunden sind und sich nicht an den Gesellungsformen der Jugendlichen orientieren.

- Insofern raten wir den Jugendämtern, die bestehenden Beteiligungsformen in der Kommune zu untersuchen (von der Schülervertretung, über die Jugendverbände und Vereine bis zu den offenen Jugendfreizeitstätten) und ggf. diese dabei zu unterstützen, ihre Anliegen auch in die kommunale Öffentlichkeit einzubringen.“

Zu berücksichtigen ist außerdem, dass Umsetzung einer Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen aufwendig ist und es nicht mit bloß symbolischen Handlungen sein Bewenden haben darf.

III . Bestimmte Rahmenbedingungen

Bestimmte Rahmenbedingungen – wie sie auch in den Hinweisen des nordrhein-westfälischen Städte- und Gemeindebundes angesprochen werden - sind für eine qualitativ hochwertige Arbeit unerlässlich. Insofern meinen wir, dass insbesondere folgende Aspekte bei der Entwicklung eines Konzeptes berücksichtigt werden müssen:

■ Fragen reicht nicht

Es reicht nicht, Kinder und Jugendliche zu fragen, was sie sich wünschen. Selbst für Erwachsene ist es oft schwierig zu artikulieren, was sie wollen. Kinder und Jugendliche reproduzieren meist, was sie schon gesehen oder gehört haben. Bereits Erlebtes, Eltern und Freunde, Werbung und Medien bestimmen die Aussagen der Jugendlichen. Der kognitive Zugang zur Partizipation ist sehr eingeschränkt. Es müssen darüber hinaus andere Formen entwickelt werden, um herauszufinden, was Kinder und Jugendliche sich wünschen.

■ Adäquate Methoden entwickeln

Um nicht nur die Interessen der Kinder und Jugendlichen zu erfassen, die sich von ihrem Intellekt und ihrer sozialen Herkunft her entsprechend artikulieren können, müssen Methoden entwickelt werden, die nicht nur das Alter und das Geschlecht berücksichtigen, sondern auch den kulturellen Hintergrund und die soziale Herkunft.

Das erfordert eine lange Vorbereitungszeit und die Erarbeitung von entsprechenden Konzepten durch Fachkräfte. Eine Einbindung von ehrenamtlichen Mitarbeiter/innen in der Jugendarbeit kann allenfalls zusätzlich geschehen, die Konzeptionierung und Koordinierung dieser Projekte muss trotzdem in den Händen mindestens einer Fachkraft oder einer Projektgruppe mit Anbindung an die Verwaltung liegen.

■ Jugend-Interessen kontra Jugendschutz-Interessen

Kinder und Jugendliche artikulieren nicht selten Bedürfnisse und Interessen, die im Widerspruch zu unseren Werten, Moralvorstellungen und unserem Auftrag als Jugendamt stehen (z.B. Disco für jüngere Jugendliche, Alkohol, Zigaretten, LAN-Parties mit - am liebsten indizierten - Ego-Shooter-Spielen)

Auch diese Interessen wollen ernst genommen werden, gleichzeitig sind wir an das Jugendschutzgesetz gebunden. Alternativen und Kompromisse anzubieten, die von Jugendlichen angenommen werden, ist eine der großen Herausforderungen in der Jugendarbeit.

Darüber hinaus wollen wir als Pädagogen Kindern und Jugendlichen auch Impulse geben, um eigene Bedürfnisse entwickeln zu können. Wir bieten auch Veranstaltungen an, nach

denen bisher niemand gefragt hat, um neue Erfahrungen zu ermöglichen. („Was ich nicht kenne, kann ich nicht vermissen oder einfordern“)

Jugendarbeit ist immer eine Gratwanderung zwischen Akzeptanz der Interessen der Jugendlichen und dem Schutz vor Gefahren bzw. dem Angebot neue (konstruktive) Erfahrungen machen zu können

■ Permanente Begleitung

Es reicht nicht, gute Konzepte am Schreibtisch zu entwickeln. Jugendarbeit beinhaltet immer auch eine gewisse Eigendynamik. Das heißt, es ist nicht vorhersehbar, ob die Umsetzung wie gewünscht funktioniert. Die Methoden müssen immer wieder überprüft und ausprobiert werden, die Kinder und Jugendlichen müssen bei der Beteiligung und Umsetzung von politischen Prozessen intensiv begleitet und unterstützt werden.

Ein anderer Gesichtspunkt ist es, dass nicht nur personeller Aufwand entsteht, sondern aus folgenden Gründen zusätzlich mit **Folgekosten** zu rechnen ist.

■ Erfolge sind wichtig

Jugendliche stehen Politik von vornherein kritisch gegenüber. Umso wichtiger ist es, dass ihre Belange nicht nur Gehör finden, sondern auch umgesetzt werden. Und diese Umsetzung gibt es nicht zum Nulltarif. Folgekosten sind garantiert.

Das bedeutet nicht, dass nun auf die Schnelle ein Kino gebaut werden muss, weil offensichtlich ist, dass das den Jugendlichen in Coesfeld am meisten fehlt. Dennoch leuchtet ein, dass die Jugendlichen sich nicht ernst genommen fühlen, wenn jeder Vorschlag als unrealistisch, weil nicht bezahlbar, abgelehnt wird.

Die angestrebten Veränderungen müssen realistisch sein, dürfen aber nicht zu Alibi-Aktionen verkommen.

■ Zeitnahe Umsetzung

Die Wege der Verwaltung sind mitunter lang und zäh. – Zu lang für Jugendliche, denn ihre Welt ist viel schneller als die der Politik und Verwaltung.

Aktuelles Beispiel: Der angestrebte Ausbau und die Verlegung der Skateranlage dauert aus unterschiedlichen Gründen nun schon etwa ein halbes Jahr. Es wird sicher ein weiteres halbes Jahr brauchen, bis alle verkehrsplanerischen und lärmschutzbedingten Vorschriften berücksichtigt sind, ein neuer geeigneter Standort gefunden wurde und der Aufbau (inkl. evtl. Erweiterung) umgesetzt werden kann. Möglicherweise sind die Jugendlichen, die den Ausbau seinerzeit anregten, schon gar keine Skater mehr und haben mittlerweile ganz andere Interessen. Sie erleben die Umsetzung ihrer Ideen dann nicht mehr als Erfolg.

■ Nicht nur Sache des Jugendamtes

Vor dem Hintergrund des § 6 Abs. 2 des neuen KJFöG kann eine Beteiligung von Kindern und Jugendlichen nicht nur als Aufgabe der Jugendhilfe gesehen werden. Die Beteiligung wird sich auf alle Bereiche beziehen müssen (vom Wohnumfeld über Spielplätze bis hin zur

Gestaltung öffentlicher Gebäude). Insofern sind alle Bereiche gefordert, den Partizipationsgedanken bei ihrer Arbeit zu berücksichtigen.

IV. Bei der (Weiter-)Entwicklung eines Konzeptes der Partizipation von Kindern und Jugendlichen für Coesfeld sehen wir daher folgende Punkte als wichtig an:

- Partizipation erfordert Zeit- und Personalressourcen. Geeignete Methoden müssen erarbeitet und angewandt werden. Wenn hierin zukünftig ein Schwerpunkt der Jugendarbeit liegen soll, hat das auch für andere Aufgabenbereiche Folgen. Die zur Verfügung stehenden Ressourcen könnten nicht mehr im gleichen Umfang anderweitig (z. B. bei der mobilen Kinder- oder Jugendarbeit, den Ferienmaßnahmen wie Stadtranderholung, Bauspielplatz, Gewaltprävention) eingesetzt werden.
- Partizipation bringt Folgekosten mit sich. Diese sind zu ermitteln und es muss geklärt werden, wie diese getragen werden können.
- Partizipation von Kindern und Jugendlichen muss wachsen und darf nicht von oben aufgestülpt werden. Die Inhalte müssen die Kinder und Jugendlichen unmittelbar betreffen.
- Partizipation muss gelernt werden
 - von pädagogischen Fachkräften (geeignete Methoden und Projekte entwickeln)
 - von Kindern und Jugendlichen (eigene Bedürfnisse erkennen, sie äußern und für seine Interessen einstehen)
 - von Politik und Verwaltung (die Bedürfnisse und Interessen von Kindern und Jugendlichen so ernst nehmen, dass sie auch mit anderen Interessen (wie z.B. wirtschaftliche Interessen einer Stadt) konkurrieren können).
- Mit der Partizipation von Kindern und Jugendlichen ist man nie fertig!

V. Resümee: Was ist für die Zukunft in Coesfeld denkbar?

Die obigen Ausführungen verdeutlichen, dass Partizipation auch die Aufwendung von Ressourcen verlangt. Die vorhandenen Ressourcen sind jedoch bereits durch verschiedene Vorhaben in starkem Maße gebunden. Das erste Halbjahr 2005 wird voraussichtlich sehr stark von der Organisation und Durchführung des Jugendkulturprojektes Eigen.Art 05 geprägt sein. Darüber hinaus müssen einige Projekte, die 2004 wegen der unbesetzten Stelle von Herrn Heming nicht stattfinden konnten, auf 2005 verschoben werden. Die bevorstehenden Veränderungen durch die Offene Ganztagschule und die Aufgabenbereiche „Gewaltprävention“ und „Jungenarbeit“, die mit der Einstellung des neuen Kollegen Michael Walter weitere Schwerpunkte für 2005 bilden, müssen neben der kontinuierlichen Arbeit (Jugendhaus Stellwerk, Mobile Kinder- und Jugendarbeit, Oster- und Sommerferienprojekte etc.) ebenfalls Berücksichtigung finden. Spielraum für die Umsetzung eines aufwendigen Partizipationskonzeptes gibt es somit kaum.

Bei der Planung des Jugendkulturprojektes Eigen.Art 05 ist - wie im letzten Jahr - die Beteiligung von Schülersprecher/innen vorgesehen. Auch die bereits aufgeführten Beispiele für Partizipation im Rahmen der Ausgestaltung von Freizeitangeboten sollen 2005 beibehalten werden.

Denkbar wäre, dass Partizipation weiterhin im „Kleinen“ stattfindet, d. h. Kinder und Jugendliche werden bei der Ausgestaltung konkreter Themen wie Ferienmaßnahmen, Mobile Kinder- und Jugendarbeit, geschlechtsspezifische Arbeit usw. weiterhin aktiv beteiligt.

Eine breit angelegte Beteiligung auf kommunalpolitischer Ebene (im Sinne von jugendlichen Vertreter/innen in Fachausschüssen) bzw. Entsendung eines oder einer Jugendbeauftragten in

alle Beratungsgremien würde unseres Erachtens letztlich sehr große Ressourcen binden, die anderweitig nicht mehr eingesetzt werden können. Kinder und Jugendliche sollten sich auf überschaubare Projekte konzentrieren können, die sie persönlich betreffen und die realistisch und zeitnah umzusetzen sind.

Für das Jahr 2006 wäre es möglich, den pädagogischen Schwerpunkt auf Partizipationsprojekte mit konkreten Inhalten zu legen. Bei gleichem Personal würde das allerdings bedeuten, dass dann andere Inhalte in den Hintergrund treten müssten.

Ein denkbare Projekt wäre die Beteiligung von Kindern an der inhaltlichen Gestaltung der Offenen Ganztagschule. Ebenso könnten Ferienmaßnahmen z.B. in Form von Zukunftswerkstätten gemeinsam mit Kindern entwickelt werden. Auch konkrete Projekte im Stadtteil könnten beispielsweise im Rahmen der Mobilen Kinder- und Jugendarbeit mit Kindern und / oder Jugendlichen erarbeitet werden.

Die Fachkräfte haben auf diese Weise Zeit, sich über die verschiedensten Partizipationsmodelle zu informieren und konkrete Projekte vorzubereiten. Nach Informationen aus größeren Jugendämtern werden dort Mitarbeiter(innen) in mehrjährigen Fortbildungen auf die neuen Aufgaben vorbereitet.

Um einen ersten Eindruck über die Zufriedenheit von Jugendlichen mit den Angeboten ihrer Stadt zu bekommen, wäre es evtl. in 2005 möglich, einige Schülersprecher/innen in den Ausschuss für Jugend, Familie, Senioren und Soziales einzuladen. Die Jugendlichen würden im Vorfeld in kleiner Runde über den Jugendhilfeausschuss und über unser Anliegen informiert und könnten eine kleine entsprechende Befragung an ihrer Schule durchführen.

Diese Art der Beteiligung von Jugendlichen kann jedoch nur dazu dienen, einen Eindruck „aus ersten Hand“ zu gewinnen. Eine solche Aktion kann nicht als Partizipationsprojekt angesehen werden, schon gar nicht, wenn keine unmittelbaren Umsetzungen folgen können. Jugendliche Schülersprecher/innen, die in einem Ausschuss über die Bedürfnisse Jugendlicher sprechen, können kein umfassendes Bild darüber abgeben, was in einer Stadt zu tun ist, damit Jugendliche sich mit ihren Ideen wieder finden. Zu viele Faktoren und Interessensgemeinschaften bleiben dabei unberücksichtigt. Themenschwerpunkte sind aber sicher zu erkennen, die die Basis für konkrete Projekte sein könnten.

Auch Erhebungen und Befragungen, die extern durchgeführt wurden, könnten bei der Vorbereitung von Partizipationsmodellen in 2006 berücksichtigt werden.

Frau Wessels wird für Erläuterungen und Fragen in der Sitzung zur Verfügung stehen.